

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 25

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Chruschtschew in Militäruniform

Der sowjetische Parteichef unterstrich seine Forderungen zur Berlinfrage mit der Drohung militärischer Aufrüstung

Zum Jahrestag des deutschen Angriffes auf die Sowjetunion erschien Chruschtschew erstmals seit drei Jahren wieder in Uniform. Er wiederholte den sowjetischen Standpunkt zur Berlin- und Deutschlandfrage (der übrigens überhaupt nie geändert hat) und forderte erneut eine «freie Stadt Berlin» und den deutschen Friedensvertrag bis zum Jahresende. Seine Drohung mit dem sowjetisch-sowjetzonalen Separatfrieden ergänzte er durch die zusätzliche Drohung verstärkter Rüstung. Aber die bezweckte Einschüchterung Bonns ist ausgeblieben, und auch die USA sind entschlossen auf die Erpressung nicht einzugehen.

Chruschtschews Ausführungen, von heftigen Angriffen auf die Regierung Adenauer begleitet, wurden ausführlich von seinem Verteidigungsminister Malinowski sekundiert, der sämtliche Schuld für die gegenwärtigen Spannungen den westdeutschen Militaristen und den amerikanischen Imperialisten zuschob. «Wir sind in der Lage, den Kriegshetzern die Zwangsjacke überzuziehen», rief er aus.

Welche Ausmasse die drohende Demagogie nahm, zeigte bei dieser Feier ein Ausspruch des Kommandanten des Moskauer Militärbezirkes, General Kirilow: «Der Angriff der deutschen faschistischen Militärmaschine wurde durch die Kräfte der internationalen Reaktion vorberei-

tet, in aller erster Linie durch die Amerikaner.» Für die Sowjetunion, das den Beginn des Zweiten Weltkrieges infolge des faschistisch-kommunistischen Paktes mit dem 21. Juni 1941 datieren muss, fürwahr ein starkes Stück. (Wobei die Rote Armee erst noch durch amerikanische Hilfe schlagkräftig gemacht werden musste.)

Diese Grundlage der offenen Geschichtsverdrehung schlägt Chruschtschew auch für die Berlin-Lösung vor. Der Viermächte-Statut Berlins ist durch international verbindliche Abmachungen geregelt. Die Sowjetunion erklärt sie einfach für nichtig und Westberlin als auf DDR-Territorium gelegen.

In Washington erklärte Staatssekretär Rusk alle einseitigen sowjetischen Entscheidungen hinsichtlich Berlin als unannehmbar, und in Deutschland warnte Aussenminister von Brentano den Kreml, seine Provokationen zu weit zu treiben.

Am Rande ...

Der amerikanische Uno-Botschafter Stevenson kehrte von seiner Südamerika-Reise zurück und erstattete dem vorübergehend erkrankten Kennedy Bericht über eine verschlimmerte Lage.

Castro will aus seinem Traktoren-Menschenhandel jetzt noch mehr herausholen und verlangt für die 1200 Gefangenen nicht mehr 500 Traktoren, sondern die gleiche Zahl von Raupenschleppern.

In Angola, wo die Unruhen andauern, erklärte der neue Generalgouverneur, Portugal sei eines der seltenen Länder, welches beschlossen habe, keinen Verzicht zu leisten.

Auf Grund aufgefangener Signale vermutet man, dass sich wiederum ein sowjetisches Raumschiff im Weltraum befinde.

Auch die Sowjetzone hat ihre Versorgungskrise, die von der Regierung auf Naturunbill zurückgeführt wird. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, für erhöhte Nahrungsproduktion zu sorgen, denn eine zusätzliche Lebensmittelzufuhr käme nicht in Frage.

Redaktionsschluss: 26. Juni

Vorüber ist aber dieses Zukunftsprogramm im Anfangsstadium stecken geblieben, nämlich in der Frage der internationalen Kontrolle, welche der nationalen Selbstständigkeitsbewegung erst die nötige Vertrauensgrundlage schaffen könnte. Der Kommunismus versteht jedenfalls unter einer selbständigen Koalitionsregierung die Ausschaltung der USA und der übrigen SEATO-Partner, um die ungehinderte Machtübernahme durch die eigenen mit getarnten Verstärkungen unterstützten Kräfte widerstandslos bewerkstelligen zu können.

Zu keiner Ruhe

kommt es während der «Verhandlungspause» von Evian in Algerien. In Oran häuften sich die Anschläge zu Serien, und auch in anderen Städten kam es verschiedentlich zu Anschlägen, namentlich durch den FLN. Andererseits hat die Provisorische Regierung ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Unterredungen am Genfersee erklärt, und die beiden Parteien scheinen wenigstens inoffiziell in Kontakt geblieben zu sein. Eine Einigung an dieser Front wäre um so erwünschter, als die

Bauernunruhen in Frankreich allgemein geworden sind und den ursprünglichen bretonischen Rahmen gesprengt haben. Ein Hilfeversprechen Debrés an die Landwirte konnte das weitere Umsichgreifen der Bewegung nicht verhindern, die so etwas wie ein Sammelbecken für alle definierten und undefinierten Hassgefühle geworden zu sein scheint. Die Gefühle vieler mitlaufender Demonstranten dürften einfach «anti» sein, und die unkontrollierte Wut ist ein beträchtliches politisches Gefahrenmoment. Geführt wird sie durch die Extremisten von rechts und links, die alles Interesse an den Sturz der Ordnung durch blinde Leidenschaft haben. Die aufgebrachte Menge zieht sowohl mit OAS-Rufen als auch mit anti-amerikanischen Slogans durch die Ortschaften. So hat sich die ursprüngliche Unzufriedenheit wegen der mangelhaften Absatzgarantie für landwirtschaftliche Produkte gewandelt.

Einen Tag

und eine halbe Nacht brachten in Zürich die Aussenminister Italiens und Oesterreichs, um nach insgesamt drei Sitzungen das Scheitern ihrer dritten diesjährigen Konferenz über die Südtirolfrage festzustellen. Eine leidige Angelegenheit für den Westen.

Positives im Kongo ...

Im Kongo, wo die Verbesserungen der Lage bisher aus mündlichen Versicherungen der allzuvielen Politiker bestanden, ist ein wirklicher Fortschritt zu verzeichnen. Die Zentralregierung in Léopoldville, respektive deren militärischer Oberbefehlshaber Mobutu, hat den katangischen Präsidenten Tschombe aus der Haft entlassen. Er war vor einem Monat anlässlich der kongolesischen Konferenz in Coquilhatville gefangenegenommen worden, als er — und mit ihm das reiche Katanga — auf die Forderungen der Kasavubu-Regierung nicht eingehen wollte. Tschombe, dem bei seiner Rückkehr in Elisabethville ein begeisterter Empfang zuteil wurde, zeigte sich versöhnlich und zur gesamt-kongolesischen Mitarbeit bereit. Unter anderem will er seine Truppen dem Oberkommando Mobutus unterstellen.

Für eine Sitzung des kongolesischen Parlaments um die Monatswende schien man auch mit der Teilnahme von Vertretern Gizengas rechnen zu können, dem «lumumbistischen» starken Mann der Ostprovinz, dessen Regierung von den kommunistischen Staaten als die einzige legitime im Kongo anerkannt wird.

Gizenga scheint mit seinen Vorschlägen für die Zukunft des Kongos merkwürdig zurückhaltend zu sein, so dass man die Session abwarten muss, um über den Wert oder Unwert seiner Teilnahme im Bild zu sein.

... und für Afrika

Eine gemeinsame Konferenz des EWG-Parlaments mit den Vertretern von 16 überseeischen Staaten fand in Strassburg statt und führte zur Errichtung gemeinsamer Organe der beiden Kontinente. Es handelte sich um Madagaskar und 15 afrikanische Nationen, die vor ihrer Unabhängigkeit mit der EWG assoziiert waren. Einstimmig beschlossen wurde die Bildung dieses paritätisch zusammengesetzten Assoziierungsrates, die Einberufung (wenigstens einmal jährlich) einer gemeinsamen parlamentarischen Konferenz, ferner permanente Vertretungen zwischen EWG-Organen und den betreffenden afrikanischen Ländern. Die Verbindung dieser Nationen mit der EWG ist sowohl von kultureller als auch von wirtschaftlicher Bedeutung. Zwar wird das Prinzip der völligen Handelsfreiheit betont, aber sie darf nicht «gegen Bestimmungen und Geist» des Assoziierungsvertrages erfolgen.